

Die Renaissance des Streiks in der Schweiz

Autor(en): **Pfister, Pascal**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **30 (2010)**

Heft 58

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652181>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Renaissance des Streiks in der Schweiz

Arbeitskonflikte im früheren Land des Arbeitsfriedens

Lange Zeit beherrschte die mythisch überhöhte Tradition der Schweiz als Land des Arbeitsfriedens die Köpfe der Schweizerinnen und Schweizer. Dies änderte sich erst, als mit der Krise der 1990er Jahre die lange Phase der Hochkonjunktur ein Ende fand. Arbeitslosigkeit, stagnierende Löhne und Prekarisierung zwangen zu einem Umdenken innerhalb der Gewerkschaften und bei weiten Teilen der Beschäftigten. Streiken gilt heute nicht mehr als Landesverrat, sondern als legitimes Mittel der Lohnabhängigen zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen. Dies lässt sich auch an der Streikstatistik ablesen. Die Quote der an einem Streik beteiligten Arbeitnehmer/innen stieg in den letzten fünfzehn Jahren auf eine Höhe, die sie seit 1946 nie mehr erreicht hatte. Dieser Beitrag kommentiert die neusten Zahlen der Streikstatistik in der Schweiz.

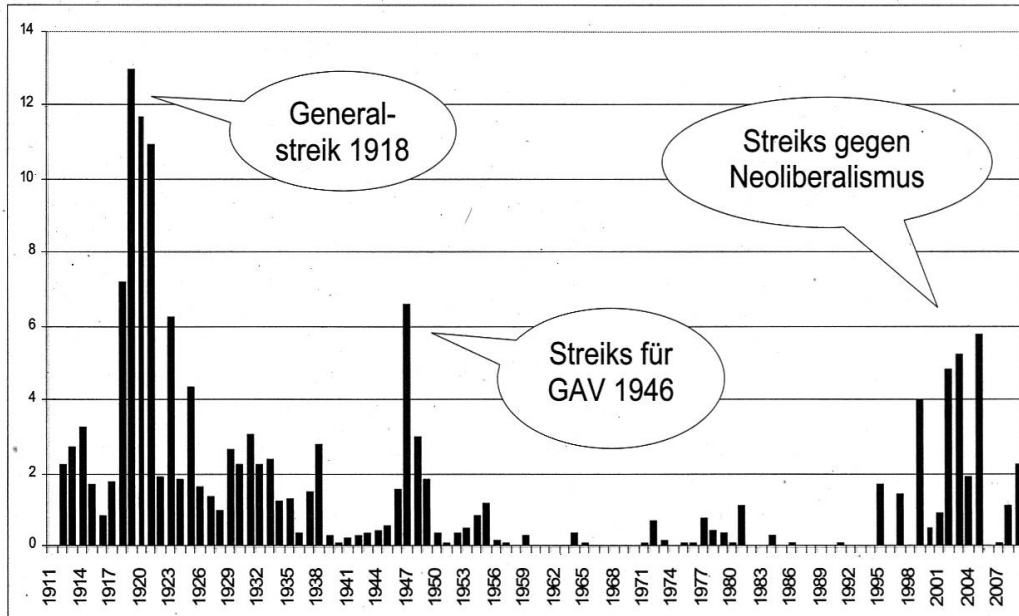
Höhepunkte und stetige Abnahme der Streiks im 20. Jahrhundert

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg und dann vor allem bei Kriegsende war auch in der Schweiz der Widerstandsgeist der Arbeiterklasse stark. In Zürich traten im September 1918 Hunderte von Bankangestellten in den Streik und demonstrierten auf dem Zürcher Paradeplatz. Die Bankiers waren aufgeschreckt, erfüllten schnell die Forderungen, entliessen aber umgehend die Streikführer. Im November 1918 führte dann das Oltner Aktionskomitee einen Generalstreik durch (auch Landesstreik genannt). Diese Ereignisse liessen sowohl die Zahl der Streikenden als auch jene der Streiktage in die Höhe schnellen (*Darstellungen 1 und 2*). In der Druckindustrie und in Teilen des Gewerbes wurden in der Folge Gesamtarbeitsverträge (GAV) abgeschlossen. Die Arbeiter im Baugewerbe und in der restlichen Industrie hingegen mussten länger auf gesamtarbeitsvertragliche Regelungen warten.

Es kam weiterhin und mit der Wirtschaftskrise ab 1929 wieder vermehrt zu Streiks. In den Jahren 1937/38 wurden dann schliesslich der Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe, der Gesamtarbeitsvertrag für die Uhrenindustrie und das Friedensabkommen für die Maschinenindustrie erreicht. Angesichts der äusseren Bedrohung durch den Faschismus schlossen Sozialdemokratie und Bürgertum einen „Burgfrieden“. Das Friedensabkommen wurde danach in der Hochkonjunktur mythisch verklärt und die Schweiz zum Land der Sozialpartnerschaft und des Arbeitsfriedens hochstilisiert (Widerspruch Sonderband 1987). Allerdings brauchte es nach dem zweiten Weltkrieg eine weitere Streikwelle, bis auch die Arbeiterinnen

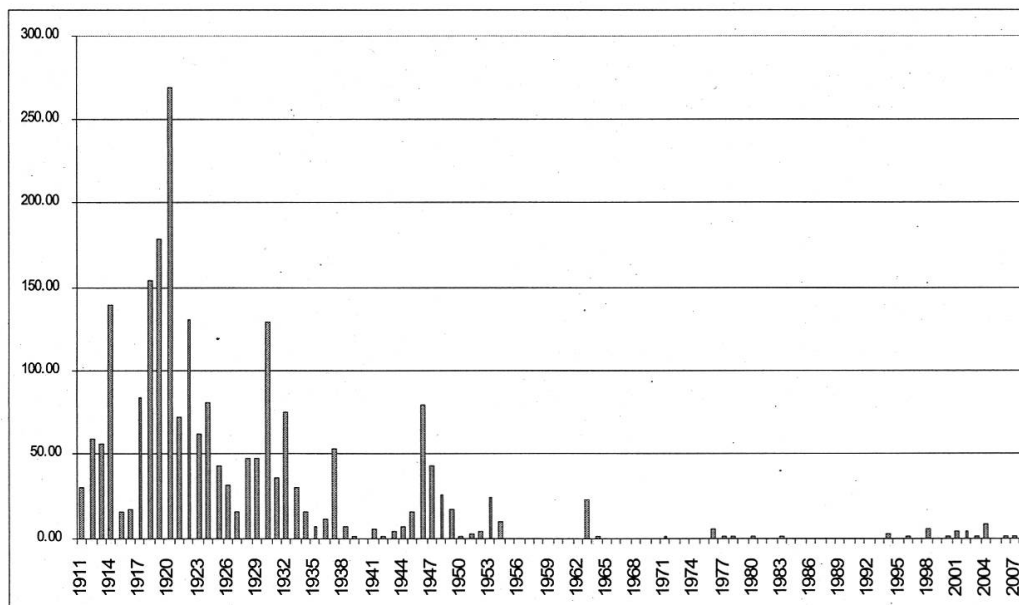
und Arbeiter der Chemie, der Nahrungsmittel- und Textilindustrie sowie weiterer Teile des Gewerbes zu einem GAV fanden.

Darstellung 1: An einem Streik beteiligte Beschäftigte (pro 1000), 1911-2008



Quelle: Streikstatistik des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)

Darstellung 2: Streikdauer in Tagen pro 1000 Beschäftigte, 1911-2008



Quelle: Streikstatistik des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)

Erst in der langen Wachstumsphase der Nachkriegszeit sank die Zahl der Arbeitskämpfe gegen Null. Die Arbeiter/innen und ihre Gewerkschaften konnten am Verhandlungstisch Verbesserungen erreichen, wie z.B. die Einführung des freien Samstags und der 5-Tage-Woche in den 1960er Jahren; oder die Lohnfortzahlung und den besseren Schutz bei Krankheit oder nach einem Unfall. Auch wurden die Lohnabhängigen an den Wohlstandsgewinnen beteiligt und die Reallöhne wuchsen beständig. Streiks schienen in dieser Phase unnötig und der Arbeitsfrieden wurde Realität. In den 1970er Jahren geriet die Wirtschaft wieder in eine Krise. Auch in der Schweiz wurden viele Arbeitsplätze abgebaut. Streiks nahmen wieder zu; allerdings in einem bescheidenen Ausmass. Weshalb? Zum einen betraf der Stellenabbau in erster Linie Frauen und Ausländer/innen. Die „Gastarbeiter“ wurden in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Die Frauen waren gewerkschaftlich schlecht organisiert. Zum anderen hatten die Gewerkschaften und die Arbeiter das Streiken verlernt. Sie hatten ihre Streikfähigkeit verloren. Zudem war die Krise von relativ kurzer Dauer; die 1980er Jahre waren wieder durch einen Wirtschaftsboom geprägt. Auch wenn die Realloohnerhöhungen weit unter jenen der Hochkonjunkturphase blieben, so konnte doch einiges am Verhandlungstisch errungen werden, so etwa die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Rückkehr des Streiks

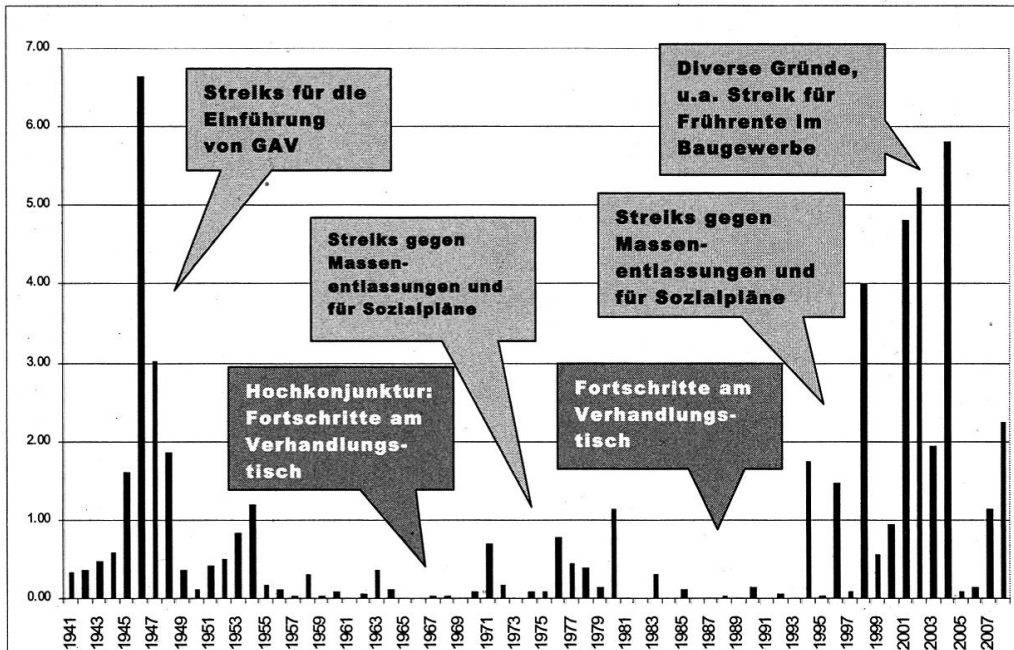
Zu Beginn der 1990er Jahre wurde die Schweiz erneut von einer Rezession erfasst, die durch falsche Massnahmen auf (geld-)politischer Ebene noch verlängert wurde. Die Arbeitslosenquote kletterte bis im Januar 1994 auf 4.2 Prozent (166'900 Personen) in bisher unbekannte Höhen (Rieger 1996). Im Schweizer Bürgertum begannen sich neoliberale Ideen durchzusetzen. Eine Gruppe von Wirtschaftsgrössen veröffentlichte 1995 ein Weissbuch mit dem Titel „Mut zum Aufbruch“ (de Pury / Hauser), worin die Deregulierung der Wirtschaft und die weitere Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse als Instrumente zur Krisenüberwindung angepriesen wurden. Auch vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums 1989 schienen linke Konzepte der Arbeits- und Wirtschaftspolitik für immer diskreditiert zu sein. Sozialpartnerschaftliche Aushandlungsmechanismen galten nun vielen Bürgerlichen als planwirtschaftliche Relikte. Der damalige Arbeitgeberpräsident Guido Richterich hatte in einer Rede bereits 1992 die GAV als „Auslaufmodell“ bezeichnet. Die Gewerkschaften wurden in die Defensive gedrängt. Bis 1996 sank die Abdeckungsquote der GAV tatsächlich auf 45 Prozent; dies u.a. als Folge der De-Industrialisierung und des Ausstiegs einiger Vertragspartner. Zudem wurden einige GAV in ihren Regelungsinhalten ausgedünnt. In der Maschinenindustrie und in der Chemie kam es zu einer Dezentralisierung der Lohnverhandlungen, die seither in den Betrieben und nicht mehr auf Vertragsebene stattfinden.

Zwar stiegen mit zunehmender Arbeitslosigkeit auch die Sozialausgaben, dennoch führten die 1990er Jahre zu einer gesellschaftlichen Polarisierung. Es öffnete sich die Schere bei den Einkommen und bei der Vermögensverteilung. Die Reallöhne stiegen kaum noch. Dies nicht als Ergebnis struktureller und konjunktureller Probleme der Wirtschaft, sondern als Folge der Neoliberalisierung des politischen Handelns. In einem Redaktionsgespräch zur „Instrumentalisierung der Krise der Neunzigerjahre“ im linken Monatsmagazin analysiert Carlo Knöpfel (2000) die Lage folgendermassen: „Ich glaube, dass man die Krise der Neunzigerjahre nicht nur aus dem ökonomischen Blickwinkel analysieren darf, sondern auch den politischen und ideologischen Diskurs untersuchen muss. Für mich haben die Neunzigerjahre eine, wie ich sagen würde, „neoliberale Konversion“ gebracht. Ich brauche den Begriff ganz bewusst: Konversion heisst Bekehrung. Bis weit in die Linke hinein wurden gewisse Aussagen der liberalen Ökonomie nicht mehr weiter hinterfragt, sondern im Gegenteil akzeptiert und umgesetzt. Das Vertrauen in das Prinzip des Wettbewerbs war noch nie so stark wie heute. Die Linke ist bereit, gewisse Schritte in Richtung Deregulierung und Privatisierung z. B. beim Service public mitzutragen, weil sie darauf vertraut, dass sie die politischen Rahmenbedingungen so setzen kann, dass das Gewünschte dabei herauskommt. Das zeigt sich etwa am kleinen Beispiel der Basler Zentralwäscherei. Diese wurde von einer SP-Regierungsrätin privatisiert mit der Zusicherung, die Politik hätte die Arbeitsverhältnisse im Griff. Bei den Neueinstellungen wurde dann jedoch eine neue Lohnstruktur mit tieferen Löhnen eingeführt. Nun behauptet sie, der Markt spiele, wir müssten uns anpassen.“

Allerdings mobilisierten solche Angriffe auch den Widerstand der Direktbetroffenen. Mit Unterstützung der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) streikten im Jahr 2000 die Angestellten der Zentralwäscherei Basel (Zeba) und erreichten, dass das Management auf den Lohnabbau verzichtete. Bereits Mitte der 1990er Jahre hatten sich gesamtschweizerisch zum ersten Mal seit den 1950er Jahren wieder mehr als 6'000 Personen an Streiks beteiligt. Der Klassenkampf von oben verhalf dem Streik im Lande des Arbeitsfriedens zu einer Renaissance. Dies schlug sich auch in der gewerkschaftlichen Strategiedebatte nieder. In den Gewerkschaften begann sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass sie ihre Konfliktbereitschaft erhöhen mussten, um weiterhin ernstgenommen zu werden. Gewerkschafter/innen begannen in der Aktion den Mythos des Arbeitsfriedens in Frage zu stellen (Widerspruch Sonderband 1987). Der Streik kehrte als ultima ratio in den Auseinandersetzungen zurück. Zur Verteidigung gegen die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen, zur Wahrung der Arbeitnehmerinteressen oder zur Durchsetzung von akzeptablen Sozialplänen griffen Belegschaften und Arbeitnehmerorganisationen in den letzten fünfzehn Jahren vermehrt auf das Mittel der Streiks zurück. Seit dem Aufschwung Mitte der 1990er Jahre beteiligten sich mit wenigen

Ausnahmen jährlich mehrere Tausend Arbeiterinnen und Arbeiter an Streiks (vgl. Darstellung 3).

Darstellung 3: An einem Streik beteiligte Beschäftigte (pro 1000), 1941-2008



Quelle: Streikstatistik des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)

Die Streikbeteiligung bewegte sich somit ab 2000 wieder auf dem Niveau der 1950er Jahre. Anders sieht es jedoch bei der Dauer der Arbeitsniederlegungen aus (vgl. Darstellung 2). Abgesehen von ein paar wenigen, aber wichtigen Ausnahmen dauerten die meisten Streiks nicht länger als einen bis zwei Tage. Ganz anders verlief der Streik bei Swissmetal 2005 (Noverraz 2005) sowie derjenige in den SBB-Werkstätten (officine) in Bellinzona 2008. Der Officine-Streik war hinsichtlich des Einbezugs der Belegschaft (Thomann 2009) sowie der Teilnahme der Bevölkerung einer gesamten Region (Gschwend 2008) ausserordentlich und ist von exemplarischer Bedeutung, endete er doch mit dem Erfolg der Streikenden.

Alles in allem sind im Vergleich zu den 1950er und 1970er Jahren die Streiks kürzer, aber es beteiligen sich weit mehr Lohnabhängige. Die Zunahme der Streiks in der Schweiz steht im Gegensatz zu den Entwicklungen im europäischen Ausland (Darstellung 4). Im Vergleich zu den 1980er und 90er Jahren haben dort die Arbeitskämpfe merklich abgenommen, wobei auch hier die Statistik kürzere, nicht gemeldete Arbeitsniederlegung nicht einbezieht und somit das Ausmass unterschätzt wird (Dribbusch 2009). Der Vergleich zeigt aber auch, dass die Schweiz in absoluten Zahlen bezüglich Streikintensität nach wie vor weit hinter den anderen Nationen liegt. Die Schweiz ist immer noch ein streikarmes Land!

Darstellung 4: **Internationaler Vergleich der Streiktage** (Durchschnitt)

	1981-1990	1991-2000	2001-2008
Schweiz	0	1	3
Deutschland	27	9	5
Grossbritannien	292	22	28
Frankreich	70	66	14*
Norwegen	93	94	42*

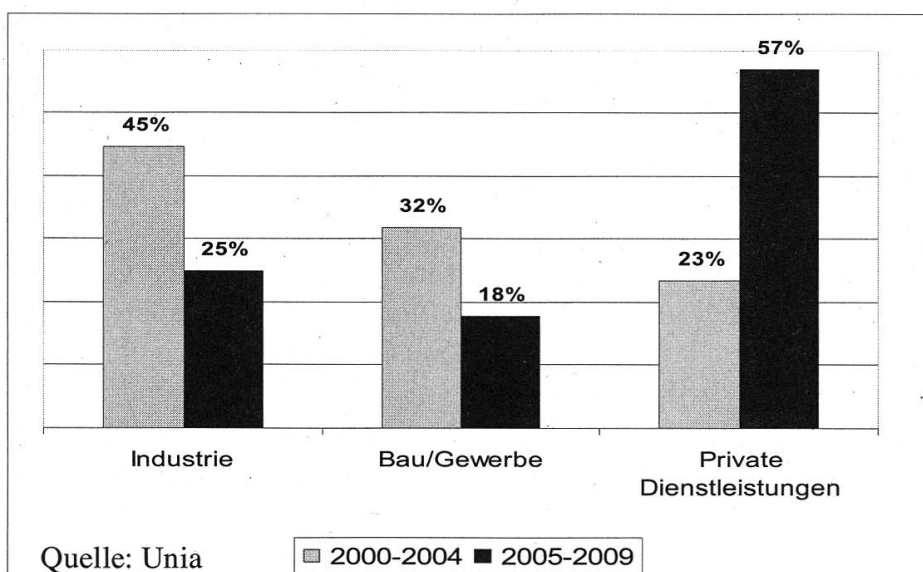
Quelle: ILO, Yearbook, *nur bis 2004

Was zeichnet die Streiks in der aktuellen Periode aus?

Eine von der Gewerkschaft Unia erstellte (unvollständige) Streikstatistik listet 75 Auseinandersetzungen in der privaten Wirtschaft auf, die zwischen 2000 und 2009 geführt wurden. Die Entwicklungen, welche Pedrina und Hartmann bereits 2007 beobachten konnten, haben sich seither akzentuiert. Die Liste lässt folgende Schlüsse zu.

Erstens: Der Streik ist mittlerweile auch im Dienstleistungssektor als politisches Mittel bei Arbeitskämpfen erkannt und eingesetzt worden. Der gewerkschaftliche Aufbau im Tertiärsektor zeigt seine Wirkungen. Fand zwischen 2000 und 2004 gerade ein Viertel der Aktionen in diesem Sektor statt, waren es zwischen 2005 und 2009 bereits drei von fünf (*Darstellung 5*). Über die gesamte Periode verteilen sich die Streiks zu gut je einem Drittel auf Industrie, Bau/Gewerbe und Dienstleistungssektor. Sie betreffen beinahe ausschliesslich einzelne Firmen. Zwischen 2005 und 2009 gab es einzig im Bausektor den Ansatz zu einem Branchenstreik.

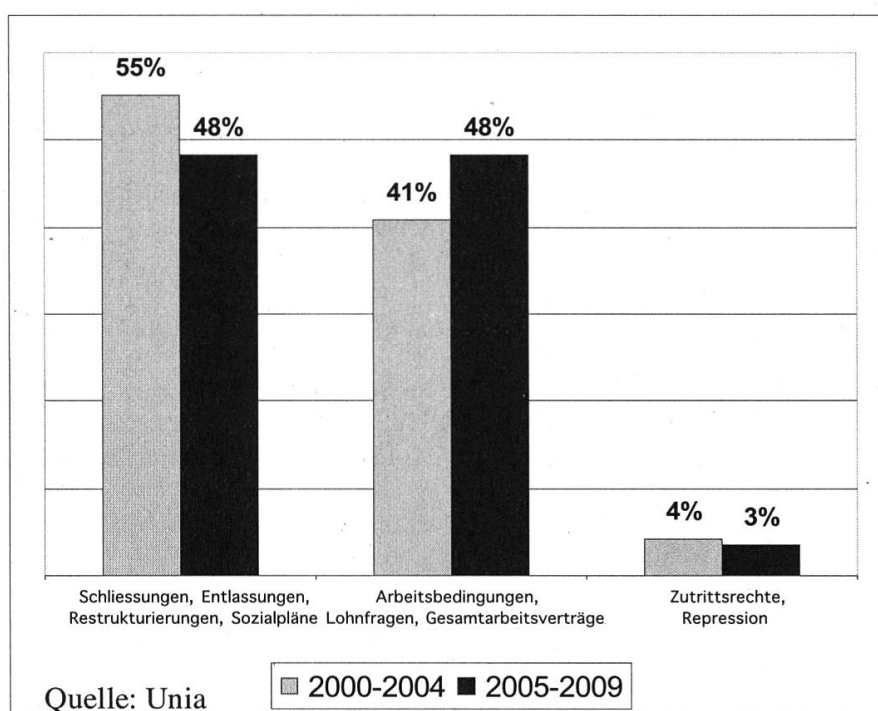
Darstellung 5: **(Warn-)Streiks in der Privatwirtschaft nach Sektoren (2000-2009)**



Zweitens: Die Dauer der Streiks hält sich nach wie vor in Grenzen. Allerdings dauern die Streiks in der Periode ab 2005 öfter einen Tag und mehr, somit länger als noch in der Periode zuvor. Aber ein Drittel der Aktionen sind Warnstreiks, die weniger als einen Tag andauern. Mehrtägige Arbeitsniederlegungen sind immer noch die Ausnahmen.

Drittens: In aller Regel entstehen die Streikbewegungen in der Schweiz aus einer defensiven Motivation. Es handelt sich meistens um Abwehrkämpfe im Zusammenhang mit Betriebsschliessungen, Entlassungen und Restrukturierungen. Nichtsdestotrotz stieg in der Periode seit 2005 der Anteil an Arbeitsniederlegungen, welche den Lohn und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen betrafen oder die Respektierung bzw. Einführung eines Gesamtarbeitsvertrages zum Inhalt hatten (*Darstellung 6*). War das Verhältnis in der Periode 2000-2004 noch zwei zu drei, drehten sich in der Periode 2005-2009 die Streiks je hälftig um Entlassungen beziehungsweise Arbeitsbedingungen. Streikbewegungen, die wie der Arbeitskonflikt im Baugewerbe von 2000-2002 neue soziale Errungenschaften – im konkreten Fall eine Frühpensionierungslösung – erkämpften, bleiben die Ausnahme. Dies mag auch an der politischen Grosswetterlage liegen, welche die Gewerkschaften eben zu Defensivkämpfen zwingt.

Darstellung 6: Anlass und Inhalt der (Warn-)Streiks in der Privatwirtschaft (2000-2009)



Viertens: Die Erfolgsquote blieb auch nach 2005 hoch. Rund 55 Prozent der Arbeitskämpfe endeten mit einem eindeutigen Erfolg für die Streikenden und die Gewerkschaften und weniger als 10 Prozent mit einer ein-

deutigen Niederlage. Dies im Gegensatz zur Zeit vor 2000 (vgl. Pedrina/Hartmann 2007). Diese Tatsache des erfolgreichen Streikens ist bei den Beschäftigten und auch in breiten Bevölkerungsschichten nicht ohne Wirkung geblieben, hat das Ansehen der Gewerkschaften weiter erhöht und ihre Kampfbereitschaft gestärkt.

So lässt sich festhalten, dass der Streik in der Schweiz in den letzten Jahren als legitimes politisches Mittel in Auseinandersetzungen um Lohn, Arbeitsbedingungen und soziale Errungenschaften eine Renaissance erfahren hat. Galten Arbeitsfrieden und die Abwesenheit von Streiks lange als Markenzeichen der schweizerischen Wirtschaft und Politik, hat sich mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Lohnabhängigen dann ernstgenommen werden, wenn sie den Streik als letztes Mittel glaubhaft androhen können. Im letzten Jahrzehnt haben die Gewerkschaften zweifellos ihre Streikfähigkeit verbessert und diese auf den Dienstleistungssektor ausgedehnt, der doch bis dahin aus der Sicht der gewerkschaftlichen Organisation und Interessenvertretung eine „Wüste“ gewesen war. Der Aufbau dieser notwendigen Gewerkschaftsarbeit ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Die Durchsetzungsfähigkeit steht und fällt mit der Verankerung der Gewerkschaften in den Unternehmen, mit der Präsenz gewerkschaftlicher Vertrauensleute in den Belegschaften. Daran gilt es weiterzuarbeiten.

Literatur

- Dribbusch, Heiner, 2009: Streik-Bewegungen. Neue Entwicklungen im Arbeitskampf. Forschungsjournal NSB, Nr. 4, S. 56-66
- Gschwend, Hanspeter, 2008: Streik in Bellinzona – ein Kanton revoltiert. Frauenfeld
- Knöpfel, Carlo et al., 2000: Instrumentalisierung der Krise. MoMA, Nr. 5, Zürich
- Noverraz, Pierre et al., 2005: „Quand „la Boillat“ était en grève: Swissmetal Reconvilier. Lausanne
- Pedrina, Vasco / Hartmann, Hans, 2007: Streiks und soziale Kämpfe in der Schweiz. Bilanz und Perspektiven. Widerspruch Heft 52, Zürich, S. 85-96
- Rieger, Andreas, 1996: Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit. Zur arbeitszeitpolitischen Debatte aus gewerkschaftlicher Perspektive. Widerspruch Heft 31, Zürich
- Thomann, Rainer, 2009: Betriebsbesetzungen als wirksame Waffe im gewerkschaftlichen Kampf. Zürich
- Widerspruch Sonderband, 1987: Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos: Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit – Geschichte, Krise, Perspektiven. Zürich